



MAGAZIN

für Wirtschaft und Gesellschaft | Offizielles Magazin des Wettbewerbs „Großer Preis des Mittelstandes“

Wie Bill Clinton Hartz IV abschaffte



Mittelstandspreis
Aufbruch und
Erneuerung

Tatort Amtstube
2 Milliarden
unterm Tisch

Mitteldeutschland
Leuchttürme oder
Nebelkerzen

Weißer Neger Wumbaba
Falsch gehört?



Crash und Regulierung

Der „große Wurf“ macht keinen Sinn

Mit der 88-seitigen Drucksache 17/3024 zur 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 27.09.2010 wurde ein lange erwartetes neues Gesetz zur Bankenregulierung vorgelegt und am 26. Oktober mit der Regierungsmehrheit im Finanzausschuss gebilligt. Das Gesetz will verhindern, dass Banken durch ihren Crash „Schockwellen“ auf dem Finanzmarkt auslösen und, weil sie „systemrelevant“ seien, vom Steuerzahler gerettet werden müssen.

Nach ergebnisoffenen internationalen Treffen und Jahren heftiger Debatten um Gier und Boni, Leerverkäufe und Eurokrise sollte dies der „große Wurf“ zur Bankenregulierung werden. Das Gesetz hat erst die erste Hürde im Gesetzgebungsverfahren hinter sich, doch bereits jetzt darf plausibel angezweifelt werden, dass es mit seinen Regulierungsansätzen Sinn macht.

Ineffizienz als Programm

Das Beste am Gesetz sind seine hehren Ziele. Bei genauerem Hinschauen ergibt sich aber zugleich, dass diese keinesfalls erreicht werden können, im Gegenteil: Das Gesetz basiert auf keiner vertretbaren Analyse der Entstehung der Finanzkrise. Stattdessen atmet es die Beratung des Gesetzgebers durch Investmentbanker und man merkt, dass man bewundernd (Druck-

sache S. 50: „in Fachkreisen wird...Dept Equity Swap...als wichtigstes Mittel für ein attraktives Sanierungsverfahren eingestuft“) auf die neuen Spielzeuge schaut, die man jetzt einsetzen darf. Doch auch die eher konventionellen Maßnahmen führen nicht zu Zufriedenheit:

Die Eigenkapitalerhöhung, zu der die Banken verpflichtet sind, ist ein Scherz. Vor dem Ersten Weltkrieg lag die Eigenkapitalquote der deutschen Großbanken bei 14%, 1930, kurz vor der Bankenkrise 1931, bei 3%. Wer heute bei dem Infodienst www.onvista.de Fundamentaldaten von Großbanken abfragt, liest ernüchtert:

Deutsche Bank: **2,53% Eigenkapitalquote**, Verschuldensgrad 3.852,00%.

Citigroup: **8,35% Eigenkapitalquote**, Verschuldensgrad 1.098,04%.

J.P. Morgan Chase: **8,14% Eigenkapitalquote**, Verschuldensgrad 1.128,00%.

BNP Paribas: **3,90% Eigenkapitalquote**, Verschuldensgrad 2.461,00% (jeweils 2009).

Danach liegen die erfolgreichsten europäischen Institute (Deutsche Bank und BNP Paribas) mit den Eigenkapitalquoten von 2,53% und 3,9% in

einem Bereich, der dem der Bankenkrise 1931 entspricht (3%). Und sie sind gegenüber ihren US-Kollegen immer noch „schwach auf der Brust“. Umgekehrt bedeuten Eigenkapitalerhöhung und Bankenabgabe für den Mittelstand, dass die Kreditvergabe, deren Volumen vom Eigenkapital abhängt, zwingend reduziert werden wird.

Dieselbe Ernüchterung ergibt sich bei im Blick auf die Bildung des Aufwandsfonds. Dieser soll irgendwann 70 Mrd. Euro enthalten. Ein Blick auf die Bilanzsumme der Deutschen Bank (1,5 Bio. Euro 2009) zeigt bereits, dass der Fonds für die Absicherung dieses Bankentyps völlig ungeeignet ist. Die Trennung zwischen böser und guter Bank wiederum lässt die Probleme nicht verschwinden.

Man schafft mit der Bad Bank etc. vielmehr einen Unternehmenstyp, der vom Insolvenzrecht und seinen Pflichten befreit ist. Die Probleme sind nur, wie bei der Umwandlung von Gläubigern in Eigentümer = künftige Mitschuldner (durch Dept Equity Swaps), auf die lange Bank geschoben. Mit dem Gehaltscut bei 500.000 Euro treibt man zudem das Personal aus der Bank, das die Verantwortung für eine Sanierung und neue Geschäfte übernehmen könnte. Man fördert so Beamte und keine Unternehmer.

Varum macht der Gesetzgeber so twas? Das hat, neben der Unklarheit über die Ursachen der Finanzkrise, mit zwei Legenden zu tun, die die Finanzwirtschaft Politik und Öffentlichkeit verkauft. Beide Legenden sind jedoch Märchen und das Gegenteil der finanzhistorischen und regulatorischen Erfahrung.

Die Legende von der systemrelevanten Bank

In den Vereinigten Staaten sind die Verflechtungen zwischen der Regierung, der Zentralbank und den Banken der Wall Street offenkundig. In Deutschland ist bekannt, dass das Finanzministerium Juristen und Rechtsanwälte der Großbanken ins Haus holt, damit diese die Gesetzentwürfe schreiben, die die Ministerialbeamten mangels eigener Sachkenntnis nicht schreiben können. Die Frankfurter Großbanken hängen wiederum an den Lippen der Wall Street. Zu einer der fixen Ideen, die man so aus Amerika in den deutschen Gesetzgebungsapparat importiert hat, gehört das „to big to fail“, ein Unternehmen ist einfach zu groß, um es scheitern zu lassen/zu scheitern.

Mit dieser Begründung wurden in Deutschland mehrere Landesbanken, die IKB, die Hypo Real Estate und die Commerzbank mit mehreren 100 Mrd. Euro, in Großbritannien die Royal Bank of Scotland mit mehreren 100 Mrd. Pfund und in den USA die Investmentbanken, der Versicherungskonzern AIG sowie die Hypothekenfinanziererannie Mae und Freddie Mac mit Billionen Dollar gerettet. Lügen gehört zum Handwerk, oder nach einem alten jugoslawischen Sprichwort: „Wenn Kaufmann betrügt Kaufmann, lacht Gott.“ Historisch ist die Legende, die zum Billionentransfer zu Lasten der Steuerzahler führte, widerlegt:

1927 und 1928 führten gewaltige Geldmengen, die die US-Banken im Einklang mit der Zentralbank Federal Reserve mit immer neuer Kreditvergabe schufen, zu einer großen Blase im neuen Konsumentenkreditgeschäft, im Immobilienkreditgeschäft und an der Börse. Als 1929 die Blase platzte und der amerikanische Leitindex einbrach, waren viele Großbanken betroffen, die man heute als systemrelevant bezeichnen würde. Von 1929 bis 1933 geschah nichts zur Bankenret-



(Foto: Wikipedia/etwa 1928/Underwood & Underwood/Washington)



(Foto: Wikimedia Commons/Public Domain/Library of Congress)

Die Präsidenten Herbert Hoover (1929-1933) und Nachfolger Franklin D. Roosevelt (1933 bis zu seinem Tod 1945) trennten Geschäfts- und Investmentbanken

tung, weil der republikanische Präsident **Herbert Hoover** solche Staatseingriffe ablehnte. Auch sein Nachfolger, **Franklin D. Roosevelt**, machte kein Bankenschutzgesetz, und er stellte den Banken keine Steuergelder zur Verfügung. Seine umfangreichen Gesetzgebungsvorhaben dienten der Förderung der Realwirtschaft und der sozialen Absicherung der Bevölkerung. Plötzlich gab es das Streikrecht, die Sozialversicherung, Arbeitszeitbegrenzung und staatliche Investitionstätigkeit.

Die schon unter Hoover 1932 eingesetzte Pecora-Kommission schuf durch ihre investigative Befragung von Investmentbankern wie **Thomas Lamont**, **Charles Mitchell** oder auch **J.P. Morgan jun.** die Voraussetzungen für die Schaffung effizienter Gesetze und der Kontrollbehörde U.S. Securities and Exchange Commission (SEC). Man trennte Geschäfts- und Investmentbanken und führte eine weitreichende Kapitalkontrolle ein. Bis zur Deregulierungswelle der 80er und 90er Jahre blieb das System effektiv. Auch die deutsche Wirtschaft wuchs nach dem Krieg, ohne Warenterminbörsen, Derivatmärkte und Hedge-Fonds. Keine

systemrelevante Bank der damaligen Zeit ist kollabiert und das Finanzsystem auch nicht. Auch nicht, als zur Weltwirtschaftskrise der Zweite Weltkrieg hinzutrat. Wie in einer effizienten Marktwirtschaft üblich, überlebten die konkurrenzfähigen Teile des Finanzsystems, und sie schluckten die maroden Teile ohne staatliche Eingriffe. Die Legende, die in der Finanzkrise den Banken Milliarden der Steuerzahler einbrachten, ist also ein Märchen, eine Lüge. Aber es gibt noch eine weitere Legende:

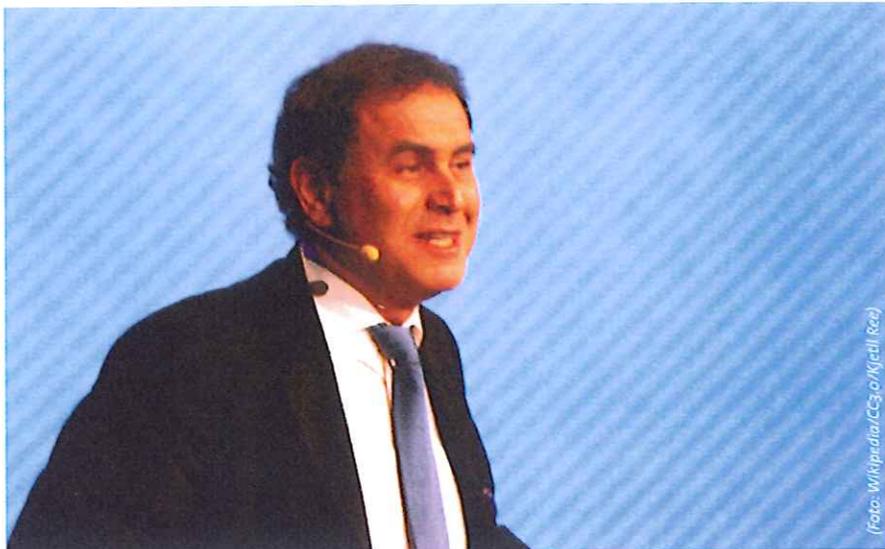
Die Legende von der unvorhersehbaren Krise

Weder die Krise noch ihre Entstehung noch ihre Ursachen waren unvorhersehbar. Die Krise entsprach genau den historischen Erfahrungen, die man mit Schneeballsystemen, kreditfinanzierten Blasen an der Börse, im Immobilienmarkt oder wo auch immer bereits oft gemacht hatte (z. B. in den Jahren 1819, 1825, 1837, 1857, 1866, 1873, 1893, 1907, 1929, 1989, 1997 etc.). Bereits seit Langem wird der große überregionale Crash von Volkswirten mit dem Minsky-Effekt erklärt, einer Folge

ÜBER DEN AUTOR

Dr. Volker Gallandi (Jg. 1955) ist als Rechtsanwalt in Gornheimertal (Hessen) tätig. Sein Spezialgebiet ist das Wirtschaftsstrafrecht. Gallandi promovierte 1982 zum Thema „Staatschutzdelikte und Pressefreiheit“ beim späteren Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Winfried Hassemer. 1984 arbeitete er für die Kanzlei Bossi in München und wurde 1985 Mitglied der Außensozietät. 1988 folgte die Gründung einer eigenen Kanzlei.





Finanzexperte Nouriel Roubini – Staaten der Nordhalbkugel sind zugleich ihre eigenen Schuldner und Gläubiger, Regulierer und Regulierte

nicht behebbarer Fragilität des Finanzsystems. Plötzlich sind die Marktteilnehmer, die die Blase erkennen, in der Mehrheit und erzeugen einen Sog von Verkauf und Verlust. Der Hedge-Fonds-Manager **John Paulson** vergrößerte so das Vermögen seines Fonds auf 28 Mrd. Dollar, so die FTD vom 16.4.2008. Doch schuld am Debakel

waren nicht diese Hedge-Fonds-Manager. Hätten Politik und Ministerien ihre Praktiken verfolgt, hätten sie deren Wissen im Interesse des Allgemeinwohls nutzen können. So aber hingen sie an den Lippen der Mainstream-Investmentbanker und der von den Banken bezahlten Wissenschaftler. Einen eigenständigen Braintrust der Regierung gab und gibt es weder in Berlin noch in Washington. Die viel diskutierten Boni spielten als Krisenursache ebenfalls keinerlei Rolle. Diese Geschichte zeigt, warum die Bundesregierung mit ihrer Beratung durch die herrschende Meinung der Finanzwirtschaft wahrscheinlich in die nächste Falle läuft, denn an dem Personal, das sie bereits vor der Krise beriet, hat sich nichts geändert.

Finanzkrise vermeiden – aber wie?

Die Frage nach effizienten Maßnahmen im Falle einer Bankenkrise wurde historisch auch in Deutschland bereits beantwortet. Im Zuge der Verstaatlichung und Sanierung der drei deutschen Großbanken nach der Bankenkrise 1931 wurden zahlreiche Geschäftsformen verboten, die nach damaliger Erkenntnis zu große Risiken in sich bargen. Dies betraf Leerverkäufe, Kreditvergabe für Spekulationsgeschäfte und viele weitere Geschäftstypen, die die Realwirtschaft eigentlich nicht braucht und die lediglich zur Bereicherung von Spekulanten dienen.

Nach den Erfahrungen mit der Hyperinflation 1923 und als Folge

der Verträge von Versailles war die Reichsbank zudem als von der Regierung völlig unabhängiges Gremium konstruiert. Sie war zugleich Braintrust, d.h. sie hatte die Köpfe, die der Bankenseite Paroli bieten konnten. Es gab auch keine Geldpolitik im Sinne der beliebigen Schaffung von Geld aus dem Nichts. Dadurch gab es auch kein Verleihen von nicht vorhandenem Geld an Banken zu niedrigen Zinsen.

Wie in einer totalitären Planwirtschaft sind die Staaten der Nordhalbkugel jedoch inzwischen, wie Prof. **Nouriel Roubini** zutreffend schreibt, zugleich Geldgeber und Investoren letzter Instanz, sie sind ihre eigenen Schuldner und zugleich Gläubiger, Regulierer und Regulierte. Sie befinden sich in einem ununterbrochenen Interessenkonflikt/Partei-
verrat und produzieren immer mehr Geld, für das keine Wirtschaftsleistung und keine Vermögenswerte als Gegenleistung existiert, eine Potemkinsche Ökonomie.

Diese auf lange Sicht sehr teure „Wohlfühlpolitik“ ist mit der Schwäche der Regierungen, ihrer fachlichen Inkompetenz, ihrer Mutlosigkeit und dem Einfluss der Lobbyisten erklärlich. Dabei nimmt man sehenden Auges in Kauf, dass das billige Geld, das die Finanzkrise entstehen ließ, den nächsten Crash nach der Logik des Minsky-Effekts produziert.

Fazit:

Das neue Restrukturierungsgesetz greift ein, wenn die Schäden schon eingetreten ist, während zahlreiche juristische Handlungsschablonen bereitliegen, die wirksam verhindern könnten, dass ein Schaden aus hochriskanten Geschäften eintritt. Das hat Folgen, und das ist Absicht.

Nur wer an Osterhase und Weihnachtsmann glaubt, kann annehmen, dass solche fehlende Krisenprävention künftige Schäden zu Lasten des Steuerzahlers vermeidet. Dabei könnten gute nationale Alleingänge, so sie nötig wären, Milliarden sparen und so zu einem Standortvorteil werden. Aber die Regierung vertraut immer noch den Beratern und Beamten, deren Rat sich mehrfach als teuer und falsch erwiesen hat. ■

Dr. Volker Gallandi
(www.gallandi.de)

Die häufigsten Lügen überhaupt:

**Ich liebe Dich.
Ich rufe Dich an.
Du bekommst Dein
Geld.**

Alle tun sie weh, aber eine kann Ihre Existenz ruinieren. Bürgel-Auskünfte zeigen Ihnen, wie es um Ihre Kunden bestellt ist! Spezialisten ziehen Ihre offenen Forderungen ein; konsequent, erfolgreich!

BÜRGE Wirtschaftsinformationen
Vertriebsgesellschaft mbH
– Niederlassung Leipzig –
Dohnanyistraße 28 • 04103 Leipzig
Tel.: (0341) 44903-0 • Fax: (0341) 44903 50
Internet: www.buergel-Leipzig.de

 **BÜRGE**
WIRTSCHAFTSINFORMATIONEN